



# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
171 · Ausgabe BL·BS · September 2017



## Kein Abbau mit dem Rasenmäher!

**PROPORTIONALE ZWANGSKÜRZUNGEN MIT DEM RASENMÄHER, IM GLEICHSCHRITT UND GLEICHSCHNITT ÜBER ALLE DIREKTIONEN HINWEG: DAS VOM LANDRAT BESCHLOSSENE FINANZHAUSHALTGESETZ (FHG) IST SCHWEIZWEIT EINZIGARTIG RESTRIKTIV. DEM SERVICE PUBLIC UND EINER VERLÄSSLICHEN VERWALTUNG IM KANTON BASELSTADT DROHEN GROSSE GEFAHREN. ALS EINZIGE PARTEI BEKÄMPFT DIE SP DIESES GESETZ, ZUSAMMEN MIT GEWERKSCHAFTEN UND VERBÄNDEN IM BÜNDNIS FÜR EIN LEBENSWERTES BASELBIET.**

Diese inakzeptable FHG-Revision als ein Gegenvorschlag zu der noch unmöglicheren Initiative der SVP für angeblich «gesunde Staatsfinanzen» entstanden, über die ebenfalls abgestimmt wird. Mit dieser Initiative käme der Rasenmäher bereits ab dem ersten «Defizit-Jahr» voll zum Zug. Doch in voreilemdem Gehorsam sind viele Punkte der Initiative in den Gegenvorschlag aufgenommen worden. Sämtliche Anträge der SP für eine ausgewogene Finanzpolitik wurden vom Landrat abgelehnt. Die DV der SP Baselstadt hat deshalb ein klares doppeltes Nein beschlossen.

### Die grössten Fehler des Gesetzes

1. **Rasenmäher-Abbau:** Sind die Finanzen nicht ausgeglichen, wird proportional über alle Direktionen hinweg gekürzt («Proportionale Kürzungen»). Das blinde Kürzen wird gesetzlich verankert und kann als Begründung für jedes Abbauprogramm bei Bildung, ÖV und Personal verwendet werden.



Adil Koller  
Präsident SP Baselstätt



Urs Kaufmann  
Mitglied Finanzkommission

2. **Kreditsperren:** Der Regierungsrat kann neu während des laufenden Jahres Kredite sperren. Diese hat zuvor der Landrat beschlossen. Die Glaubwürdigkeit des Kantons leidet massiv, die Planungssicherheit für viele Institutionen mit Leistungsaufträgen ist nicht mehr gegeben.
3. **Mehr Finanzkompetenzen für den Regierungsrat:** Neu sollen die Ausgaben- und Kürzungskompetenzen des Regierungsrats auf 1000000 Franken verzehnfacht (!) werden. Hier kann der Landrat nicht mehr mitreden. Das ist ein Freipass für die Regierung, und ein Abbau an Demokratie und parlamentarischen Kompetenzen und eine Gefahr für Bereiche, die dem Regierungsrat aktuell nicht wichtig sind (z. B. Beiträge an Frauenoase und Prävention allgemein).
4. Das neue FHG verpflichtet **einseitig zu Abbaumassnahmen auf der Ausgabenseite.** Einnahmenseitige Massnahmen – im heu-

tigen Baselbieter FHG ebenso vorgesehen wie in vielen anderen Kantonen – sind nicht mehr im Gesetz verankert.

Grundsätzlich können alle Bereiche des Service public Opfer des neuen FHG werden. Besonders im Fokus standen in den letzten Jahren das Staatspersonal und Bereiche wie die Bildung, der öffentliche Verkehr und das U-Abo sowie Prämienverbilligungen. Hier soll der Kürzungskurs mit dem Rasenmäher-Gesetz verankert und legitimiert werden. Alle, welche auf einen funktionierenden Service public angewiesen sind, werden davon betroffen sein.

Dieses Gesetz würde die zukünftigen Kredite, Leistungsaufträge und Vorlagen massiv beeinflussen, weil die Kürzungen gesetzlich verankert sind. Deshalb sagen wir deutlich Nein dazu!





Der Kanton BL hat angekündigt, seinen Kulturbeitrag per 2021 um die Hälfte zu reduzieren.

# Liestal! Basel! Wir haben e

Die Studierenden sind nicht das Problem. Sie bewegen sich frei über die Kantons Grenzen, holen sich Wissen und tragen es weiter.

Die Kulturschaffenden sind nicht das Problem. Sie machen ihre Kunst dort, wo sie Inspiration finden. Und wo sie möglich ist.

Die Kulturkonsumierenden sind auch nicht das Problem. Sie finden die Kultur und auch den Heimweg über Kantons Grenzen hinweg.

## Um was es geht

Das Problem liegt alleine in der Politik. Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind sich nicht einig, was man finanzieren soll. Und wer es finanziert. Der Grund liegt in den unterschiedlichen ökonomischen Verhältnissen. Und auch in den politisch oft gegensätzlichen Mehrheitsverhältnissen in den beiden Halbkantonen.

In der Auseinandersetzung über die gemeinsamen Trägerschaften



Christoph Hänggi  
SP-Landrat, Therwil,  
Präsident der Bildungs-,  
Kultur- und Sportkommission  
des Landrats

und Finanzierungen geht vergessen, um was es eigentlich geht. Findet die Politik keine gemeinsame Basis, trägt sie das Problem in den Alltag der Studierenden, der Kulturschaffenden und der Kulturkonsumierenden. Die Kantons Grenzen gewinnen an Bedeutung. Leute werden eingeschränkt oder ausgeschlossen. Der heute sehr fruchtbare gemeinsame Bildungs- und Kulturalltag ist gefährdet.



Claudio Miozzari  
SP-Grossrat, Mitglied  
der Bildungs- und Kultur-  
kommission des Grossen Rats

## Uni-Deal war dringend nötig

Der Uni-Deal zu Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018–2021 der Universität war zwingend nötig, sein Vorliegen Anlass zu grosser Erleichterung. Wie sind die Verhandlungsergebnisse in Sachen Uni und Kulturvertrag einzuordnen? Die Universität hat wieder Planungssicherheit – zumindest für die kommenden vier Jahre. Dass die bürgerliche Regierung des Kantons Basel-

land mit ihrer Sparpolitik bei der Uni ansetzte, ist allerdings schlicht beschämend. Dass sie damit in den Verhandlungen Erfolg hatte, umso ärgerlicher.

Die SP-Fraktionen werden dem neuen Leistungsauftrag wohl trotz dieser unbefriedigenden Situation zustimmen. Denn alles andere würde zu weiteren Unsicherheiten für die für unsere Region zentrale Institution Uni Basel führen.

## Kulturelle Vielfalt gefährdet

Noch unbefriedigender ist das Resultat bei der Kultur. Es ist schlicht frech, dass sich die Baselbieter Regierung ihrer Verantwortung noch weiter entzieht. Die kulturelle Vielfalt ist aufgrund der Halbierung des Baselbieter Beitrags an die regionalen Kulturinstitutionen ab 2021 gefährdet. Wir sind entsetzt über die Haltung des Kantons Baselland. Denn bereits bisher leistete BL nur

## AGENDA SP BL

- **Dienstag, 19. September 2017, 18.30 Uhr, Restaurant Falken, Liestal**  
**Gründung SP MigrantInnen BL** – mit Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen Schweiz
- **Mittwoch, 20. September 2017, 19.15 Uhr, NSH, Basel**  
**Sektionskonferenz**
- **Sonntag, 24. September 2017**  
**Abstimmungssonntag! 2x NEIN zur Finanzpolitik mit dem Rasenmäher! 2x JA zur Altersvorsorge 2020! JA zum Margarethenstich! NEIN zur Änderung des Bildungsgesetzes!**
- **Mittwoch, 18. Oktober 2017, 19.30 Uhr, Zwingen**  
**Delegiertenversammlung**
- **Samstag, 28. Oktober 2017, 9 – 13 Uhr, Regierungsgebäude, Liestal**  
**Parteitag Sozialpolitik** (siehe auch Kasten Seite 12)





# ein Problem!

einen Bruchteil an die Kosten der Zentrumskultur, die stark oder sogar mehrheitlich von Baselbieter Besucherinnen und Besuchern genutzt wird.

Die Kompensation des Baselbieter Beitrags durch Basel-Stadt ist erfreulich, wird aber noch für politische Diskussionen sorgen. Es besteht die Gefahr, dass einzelne Kulturinstitutionen für den Ärger über die unbefriedigende Partnerschaft büssen müssen. Die SP wird sich auch hier für die kulturelle Vielfalt und für eine Planungssicherheit der betroffenen Institutionen einsetzen.

## Für eine richtige Partnerschaft

Eine gemeinsame Trägerschaft der Universität – wie sie von den Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bestätigt wurde – würde gleiche Mitbestimmungsrechte und gleiche finanzielle Bei-

träge bedeuten. Und in einer ehrlichen Partnerschaft würde man sich darauf verlassen können, dass Minimalvereinbarungen wie der Kulturvertrag mindestens eingehalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Schon die Nothilfe durch Basel-Stadt an Basel-Landschaft mit 80 Mio. Franken von 2016 bis 2019 sprach hier eine ganz andere Sprache. Die Verhandlungsergebnisse zeugen für uns nicht von einer gelebten, richtigen Partnerschaft.

Schuld am Desaster ist die verfehlte bürgerliche Finanzpolitik von Baselland. Die Regierung des Landkantons gefährdet die gemeinsamen Werke und Werte willentlich. Die SP ist in dieser Regierung im Moment leider nicht vertreten, eine linke Mehrheit wie in Basel ist auch auf längere Sicht kaum vorstellbar. Die SP Baselland kann die Entscheide der Regierung also leider nur anprangern und über Vorstösse im Landrat Verbesserungen für einzelne kulturelle Institutionen anstreben.

## Den Fünfer und das Weggli gibt es nicht

Die rechtsbürgerlichen Kräfte in BL waren es, die einer Fusion der beiden Kantone überaus kritisch gegenüberstanden. Sie sind es auch, die nun einerseits bei Uni und Kultur, andererseits auch in der Gesundheits- oder Verkehrspolitik je länger, je mehr versuchen, den «Fünfer und das Weggli» zu erhaschen. Wäre man ehrlich, müsste man sich im Baselbieter Regierungslager und bei der bürgerlichen Mehrheit des Landrats eingestehen, dass man mit dieser Politik die geliebte Eigenständigkeit bereits aufgegeben hat und eine Fusion eigentlich der ehrlichere Weg gewesen wäre.

Leider sind die Mehrheitsverhältnisse im Kanton Baselland so, wie sie eben sind. Bei den nächsten Regierungs- und/oder Landratswahlen ist es umso mehr allerhöchste Zeit, den rechtsbürgerlichen Kräften die Quittung für ihre Politik auszustellen.



Tagewoche

Ein Deal – zwei ungleiche Partner.

## AGENDA SP BS

- Montag, 18. September 2017, 18.30 Uhr, Sekretariat, 4. Stock des Gewerkschaftshauses  
Kerngruppe SP Frauen
- Montag, 18. September 2017, 20.00 Uhr, Volkshaus, Unionssaal  
Delegiertenversammlung
- Samstag, 23. September 2017, 9.15-15.00 Uhr, Didi Offensiv, Erasmusplatz 12  
Bildungsreihe: «Digitalisierung: Arbeit der Zukunft»
- Sonntag, 24. September 2017  
Abstimmungssonntag

DAS KLYBECKAREAL

# Ein Quartier für alle statt für wenige

**WO GESTERN NOCH MEDIKAMENTE ERPROBT UND PRODUZIERT WURDEN, SOLL MORGEN EIN URBANES QUARTIER ENTSTEHEN. WIR SPRECHEN VOM KLYBECK-AREAL. DIE RESULTATE DER VIER SZENARIEN DER TESTPLANUNG KOMMEN DABEI ALLZU INVESTORENFREUNDLICH DAHER. WIR SEHEN IN DER BISHERIGEN PLANUNG KEINEN ENTWURF IN DIE ZUKUNFT HINAUS UND BEMÄNGELN, DASS DIE ENTSCHEIDENDSTE ALLER FRAGEN, DIE BODENFRAGE, NICHT OFFENER DISKUTIERT WIRD. WILL MAN URBANITÄT, MUSS MAN AKZEPTIEREN, DASS SIE UNBERECHENBAR IST. DAS GILT AUCH FÜR DIE RENDITE.**



Lukas Gruntz  
Arbeitsgruppe  
Stadtentwicklung,  
Juso BS

Der Kanton soll eine aktive Bodenpolitik betreiben und möglichst grosse Flächen des Areals erwerben. Darauf baut er entweder selbst, oder er gibt das Land im Baurecht an Genossenschaften ab. Es soll kein Land ohne weitere Prüfung an den meistbietenden Investor abgegeben werden. Das Konzept der Investoren soll von einer Jury nach Kriterien der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit sowie auf seine Quartierverträglichkeit hin beurteilt werden. Ansonsten dürfte das Versprechen, es sollen «lebendige, durchmischte Quartiers» entstehen, zur hohlen Phrase werden.

## Gegenentwurf Laboratoire Klybeck

Auf unsere Kritik lassen wir einen konstruktiven Lösungsansatz folgen: Das Laboratoire Klybeck. Wir fordern den maximalen Erhalt der bestehenden Bauten. Sie sind Zeugen der Industriegeschichte und tragen zur Identität des Quartiers bei. Zudem ist ein Abbruch aus ökologischer Sicht nicht sinnvoll. Ein weiteres Anliegen besteht darin, dass auf dem Areal Wohnraum für doppelt so viele Menschen wie Arbeitsplätze geschaffen wird. Nur so können eine Zunahme der Pendlerströme oder steigende Mieten verhindert werden. Der Städtebau soll Nutzungsoffenheit, Aneignung und Experimente ermöglichen.

Der Kern unseres Alternativprojekts besteht in der Frage der Vernetzung: Wir wollen das Areal besser mit den angrenzenden Quartieren sowie den bestehenden Grünräumen verknüpfen. Deshalb schlagen wir



den Bau einer «Coulée Verte», eines kontinuierlichen, erhöhten grünen Bandes vor, welches einerseits als Erholungsraum dient und andererseits die räumliche Vernetzung mit dem Kontext ermöglicht. Zudem beinhaltet die Struktur auf Strassenniveau gemeinschaftliche sowie kleingewerbliche Nutzungen, die das Quartier beleben. Finanziert wird die «Coulée Verte» aus den Einnahmen der Mehrwertabgabe. Damit wird der Mehr-

wert der Investoren direkt an die Bevölkerung des Quartiers zurückgegeben.

Das Laboratoire Klybeck ist ein kritischer Gegenentwurf zur offiziellen Planung. Bottom up statt top down. Gundeldingerfeld statt Erlennatt. Stadt statt Rendite. Wir sollten die demokratischen Mittel nutzen, um eine sozial- und umweltverträgliche Transformation des Areals einzufordern. Denn nur so kann ein Quartier für alle entstehen.

## PARTEITAG ZUR SOZIALPOLITIK

Samstag, 28. Oktober, 9 – 13 Uhr, Regierungsgebäude, Liestal

## DAS SOZIALE NETZ IM BELASTUNGSTEST

Referenten:

- Dr. Ruedi Epple (Entwicklung der Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Sozialpolitik)
- Nicolas Zogg, männer.ch (Wege aus der Ernährerfalle)
- Barbara Jost und Regula Meschberger (Herausforderungen in den Gemeinden)
- Dr. Carlo Knöpfel (Was ist vor der Sozialhilfe?)

Anschliessend Workshops.

Anmelden: [www.sp-bl.ch/parteitag-sozialpolitik](http://www.sp-bl.ch/parteitag-sozialpolitik)